



# Brennpunkt Jugend

Jugendgewalt als Herausforderung für Entwicklung

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Vorwort .....  | 3  |
| Einführung .....   | 4  |
| Auf dem Podium waren ... ..                                | 5  |
| Auf Ursachensuche .....                                    | 7  |
| Warnsignale erkennen .....                                 | 9  |
| Die Datenlage .....  | 10 |
| Jugendbanden .....   | 11 |
| Repression .....   | 13 |
| Ansatzpunkte für die Entwicklungszusammenarbeit .....      | 15 |
| Prävention durch Bildung und Beschäftigung .....           | 16 |
| Prävention durch Polizeiarbeit .....                       | 18 |
| So könnte es weitergehen .....                             | 20 |
| Aus der Arbeit der GTZ: Überregional und erfolgreich ..... | 22 |
| Aus der Arbeit der GTZ: Freiwillig auf Streife .....       | 24 |
| Annex .....  | 26 |

**Herausgeber:**  
Deutsche Gesellschaft für  
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH  
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5  
65760 Eschborn  
T +49 (0) 61 96 79-0  
F +49 (0) 61 96 79-1115  
I www.gtz.de

Im Auftrag des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**Verantwortlich:**  
Sektorvorhaben  
„Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten“

Dr. Timo Weinacht  
T +49 (0) 6196 79-1252  
F +49 (0) 6196 79-80 1096  
E timo.weinacht@gtz.de

**Text:**  
Beate Wörner, Stuttgart

**Redaktion:**  
Sandra Lehmann

**Bildnachweis:**  
Cover und Seite 12/13: Photo- und Presseagentur  
GmbH FOCUS  
Seite 18: images.de digital photo GmbH  
Seite 11: Christoph & Friends GmbH/Das Fotoarchiv

**Gestaltung:**  
Nikolai Krasomil, www.design-werk.com

# Vorwort

In den letzten Jahren ist in unseren Partnerländern das Problem der Jugendgewalt zunehmend als bedeutendes Entwicklungshemmnis in den Blick geraten. Vor allem in lateinamerikanischen und vielen afrikanischen Großstädten ist Jugendgewalt tägliche Realität – mit eklatanten Folgen für die Opfer und auch für die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung der Länder insgesamt. Die Konsequenz daraus ist häufig ein stark repressives Vorgehen gegen Jugendliche. Doch dies schafft keinen Ausweg aus dem Teufelskreis der Gewalt. Damit ist Jugendgewalt ein Thema, mit dem sich die Forschung und Praxis der Entwicklungszusammenarbeit zwingend auseinander setzen muss.

Vor diesem Hintergrund fand am 19.06.2008 in der GTZ-Zentrale in Eschborn die Veranstaltung „Brennpunkt Jugend – Jugendgewalt als Herausforderung für Entwicklung“ statt. Eingeladen hatten das Sektorvorhaben „Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten“ der Abteilung 43 sowie die Regionalgruppe 2130 „Zentralamerika, Lateinamerika Ost, Karibik, Mexico“. Die Veranstaltung war geprägt durch die anschaulichen Berichte hochrangiger Referenten/innen aus der Wissenschaft und Praxis sowie durch den regen Zuspruch von Teilnehmern/innen aus der GTZ und anderen Institutionen. Wir freuen uns, mit dieser Publikation dem von vielen Seiten geäußerten Interesse an einer Dokumentation der aufschlussreichen Diskussion nachzukommen.

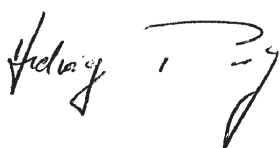
Die Veranstaltung stand im Kontext der Planung von verschiedenen Neuvorhaben im Auftrag des BMZ im Jugendbereich. Dabei ist die Vorbereitung eines Regionalvorhabens zu Jugendförderung und friedlichem Zusammenleben in Zentralamerika besonders zu erwähnen. Die Veranstaltung diente dazu, die Diskussion auf andere

regionale Kontexte zu erweitern, die Akteure zu vernetzen sowie Ansatzpunkte für die künftige Arbeit auf dem Gebiet zu identifizieren.

Die GTZ blickt auf mehr als zehn Jahre Erfahrung in der Entwicklung von integrierten und multisektoralen Ansätzen der Jugendförderung zurück. Dabei hat die Abteilung 43 und speziell das Kompetenzfeld Bildung/Jugend in enger Zusammenarbeit mit den Regionalgruppen zahlreiche Impulse und Ansätze entwickelt. Im Zentrum der Projekte steht die Förderung von jungen Menschen als Schlüsselakteure in Entwicklungsprozessen. Aufbauend auf dieser Expertise möchten wir die Prävention von Jugendgewalt noch stärker in der entwicklungspolitischen Praxis verankern.

Die Veranstaltung hat einmal mehr bestätigt, dass vernetztes Denken und Handeln einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Prävention von Jugendgewalt darstellen. Daher gilt es, in der Weiterentwicklung von innovativen Lösungen auf die Erfahrungen und Ansätze verschiedener Sektoren zurückzugreifen. Eine Schlüsselrolle spielen hierbei neben der Jugendförderung die Sektoren Bildung, Good Governance, Konflikt- und Krisenprävention, öffentliche Sicherheit, Stadtentwicklung sowie Berufsbildung und Beschäftigungsförderung. Wir freuen uns auf eine fruchtbare Zusammenarbeit in diesem Prozess.

Unser Dank gilt besonders der Regionalgruppe 2130 für die gute Zusammenarbeit bei der Konzeption des neuen Regionalvorhabens zur Prävention von Jugendgewalt in Zentralamerika. Zudem möchten wir allen danken, die an der erfolgreichen Veranstaltung und bei der Entstehung der Broschüre mitgewirkt haben.



**Dr. Hedwig Petry**  
Abteilungsleiterin  
Gesundheit, Bildung, Soziale Sicherheit



**Dr. Hans-Heiner Rudolph**  
Stellv. Abteilungsleiter  
Kompetenzfeldleiter Bildung, Hochschule, Jugend

# Einführung

Die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind in unterschiedlicher Weise von Jugendgewalt betroffen. Besonders ausgeprägt ist sie in lateinamerikanischen und vielen afrikanischen Großstädten. Ihre Folgen sind immens. Erreicht sie ein gewisses Ausmaß, werden ganze Gesellschaften sozial, politisch und wirtschaftlich von den negativen Auswirkungen beeinträchtigt. Die Angst der Bürger nimmt zu, und das Vertrauen in Mitmenschen sowie staatliche Institutionen ab. Die Lebensqualität wird stark eingeschränkt, die Investitionen gehen zurück und die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen steigen. Teilweise kann der Staat nicht mehr die Sicherheit seiner Bürger garantieren und es herrscht weitgehende Straflosigkeit. Auf der anderen Seite schränken die oft repressiven Reaktionen des Staates Freiheit und Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger ein, sodass dies insgesamt zu einem Vertrauensverlust in den Rechtsstaat führt. Besonders betroffen von diesen Auswirkungen sind die Jugendlichen selbst, die nicht nur Täter, sondern überproportional häufig auch Opfer von Jugendgewalt sind.

Diese weitreichenden Folgen machen deutlich: Jugendgewalt ist nicht ein isoliert zu betrachtendes Problem, sondern vielmehr ein sehr ernst zu nehmendes Hemmnis für Prozesse der nachhaltigen Entwicklung in vielen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Von daher gewinnt das Thema Jugendgewalt für sie zunehmende Bedeutung.

Die Umsetzung der vier großen entwicklungspolitischen Ziele Deutschlands „Armut mindern, Frieden sichern, Umwelt schützen und Globalisierung gerecht gestalten“ ist nicht möglich, wenn ganze Gesellschaften paralytisch sind von Gewalt und Kriminalität durch überwiegend junge Menschen. Wenn Jugendgewalt zur alltäglichen Umgangsform geworden ist, ganze Stadtgebiete – wie beispielsweise in Mittelamerika – von Jugendbanden beherrscht werden, der Staat mit der Abkehr von rechtsstaatlichen Prinzipien reagiert und Kinder- und Jugendrechte wahrhaftig mit Füßen getreten werden – dann ist eine friedliche Entwicklung dieser Gesellschaften fast unmöglich. Gleichzeitig werden aber auch die unbestreitbar positiven Entwicklungspotenziale von Jugendlichen nicht genutzt.

Die Diskussionsveranstaltung „Brennpunkt Jugend – Jugendgewalt als Herausforderung für Entwicklung“ versuchte, die verschiedenen Ursachen für Jugendgewalt aufzuspüren, stellte erfolgreiche Präventionsbeispiele vor und identifizierte Ansatzpunkte für die künftige Arbeit auf diesem Gebiet sowie derzeit erkennbare Schwachstellen. Methodisch diente dazu im ersten Teil der Veranstaltung eine Podiumsdiskussion zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Praktikerinnen und Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Diskussion führten: Ulrich Burgmer, GTZ/IP Consult Stuttgart, Stärkung lokaler Regierungsführung, Community Peace Workers Projekt, Südafrika; Dr. Peter Imbusch, Konfliktforscher, Universität Bielefeld; Mattias Lundberg, Weltbank, Mitautor des Weltentwicklungsberichts; Dr. Ana Isabel Moreno Morales, GTZ, Mitarbeiterin im Regionalvorhaben Jugendförderung und Gewaltprävention, Lateinamerika; Peter Peetz, Politologe, Schwerpunkt Gewaltdynamiken in Zentralamerika, German Institute of Global and Area Studies (GIGA)/Lateinamerika Institut Hamburg. Moderatorin dieses und auch des zweiten Teils, der als offene Diskussionsrunde gestaltet war, war Dr. Sabine Kurtenbach, Wissenschaftlerin am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. Sie arbeitet aktuell an dem Thema „Zur Rolle von Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala“.

Die vorliegende Publikation ist eine zusammenfassende Darstellung der Veranstaltung und der im Wesentlichen diskutierten Themen. Sie fasst die bisherigen Ansätze zusammen und zeigt mögliche künftige Wege auf im Umgang mit der Jugendgewalt. Damit bietet sie eine Grundlage für weitere Diskussionen auf diesem Gebiet.

# Auf dem Podium waren ...

## Ulrich Burgmer, Leiter des GTZ-Projektes „Community Peace Workers“



Bis 1993 Erster Polizeihauptkommissar bei der Bundespolizei, zuständig für Terrorismus und organisierte Kriminalität. Von 1992-1994 Mitglied und Leiter der Beobachtermission der Europäischen Gemeinschaft in Südafrika. Ab 1996 Tätigkeit in verschiedenen

Projekten der GTZ im Bereich des urbanen Konfliktmanagements in Südafrika. Daher verfügt Herr Burgmer über langjährige Erfahrung im Friedens- und Sicherheitssektor in Südafrika, wo er zurzeit für die IP-Consult im Auftrag der GTZ das Projekt „Community Peace Workers“ leitet, welches Jugendlichen anbietet, ein Jahr als Freiwillige in ihren Gemeinden tätig zu werden. Ihre Aufgabe ist es, Konflikte und Dispute gemeinsam mit den Konfliktparteien zu lösen. Ergänzend erhalten diese Jugendlichen Trainings, mit denen sie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Das Projekt läuft seit 1997 mit großem Erfolg in südafrikanischen Städten. Etwa 450 Jugendliche haben bereits an dem Programm teilgenommen.

## PD Dr. Peter Imbusch, Soziologe



1981-1986 Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaft; 1990 Promotion zur vergleichenden Sozialstrukturanalyse Lateinamerikas; 2001 Habilitation zum Thema „Zivilisation und Gewalt“.

Von 2001-2005 war Herr Dr. Imbusch wissenschaftlicher Koordinator des Forschungsverbundes „Desintegrationsprozesse“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Von 2003-2006 war er Inhaber einer Stiftungsprofessur am

Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg. Seit 2008 ist er Fellow in der internationalen Forschungsgruppe „Control of Violence“ am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld. Schwerpunkte seiner Arbeit sind: Politische Soziologie, Sozialstrukturanalyse, Entwicklungssoziologie, Konflikt- und Gewaltforschung.

## Dr. Sabine Kurtenbach, Politikwissenschaftlerin



1980-1987 Studium der Politischen Wissenschaft; 1991 Promotion zum Thema: „Staatliche Organisation und Krieg“.

Seit 1993 ist Frau Dr. Kurtenbach am Institut für Lateinamerika-Studien des German Institute of Global and Area Studies (ILAS-GIGA) Hamburg beschäftigt. Von dieser Tätigkeit freigestellt ist sie seit 2006 als Senior Researcher am Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen im Projekt „Politische und gesellschaftliche Brüche nach dem Krieg: Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala“. Neben dieser Tätigkeit arbeitet sie als Gutachterin für die deutsche und internationale Entwicklungszusammenarbeit. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Konfliktbearbeitung, Friedensentwicklung und Demokratieförderung. Regionale Schwerpunkte sind die Länder Zentralamerikas, der Andenregion und Südostasiens.

**Mattias Lundberg, Senior Economist bei der Weltbank**



Matthias Lundberg ist studierter Agrarökonom. Er ist seit einigen Jahren als Senior Economist bei der Weltbank tätig. Hier war er unter anderem maßgeblich in den Bereichen Wirkungsevaluierung, Einkommensverteilung und Gesundheitssektorreform tätig. Zudem

ist Herr Lundberg Autor von Leitfäden zur sozialen und armutsorientierten Wirkungsanalyse sowie zu öffentlichen Ausgaben und guter Regierungsführung in den sozialen Sektoren. Zurzeit ist er Senior Economist im Kinder- und Jugend-Team der Weltbank. Dort arbeitet er vor allem zu den Themen Übergang von der Schule zum Arbeitsleben und Jugendgewalt. In dieser Funktion war er einer der hauptverantwortlichen Autoren des World Development Report 2007: „Development and the Next Generation“.

**Peter Peetz, Politikwissenschaftler**



1995-2001 Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Spanisch. Von 2001-2003 war Herr Peetz Programmkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung in Honduras. Er arbeitete freiberuflich für verschiedene Forschungs- und EZ-Institutionen, bevor er 2005 zum

German Institute of Global and Area Studies (GIGA) kam. Dort ist er seitdem sowohl in der Lateinamerikaforschung als auch im Managementbereich tätig. Zunächst arbeitete er als Referent der Institutsleitung, heute ist er Leiter der Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen“ tätig. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Gewalt- und Sicherheitsfragen in Zentralamerika, insbesondere die staatliche Politik im Umgang mit Jugendbanden (maras) in El Salvador und Honduras.

**Dr. Ana Isabel Moreno Morales, Projektkoordinatorin bei der GTZ**



Frau Dr. Moreno Morales studierte Medizin und Public Health in Honduras und Deutschland. Sie arbeitete als Beraterin für die Weltbank und lehrte an der Public Health School der Universität von Costa Rica bevor sie zur GTZ kam. Seitdem war sie in unterschiedlichen Vorhaben

im Gesundheitsbereich eingebunden. Von 2004-2008 war sie die Koordinatorin des Kooperationsvorhabens der GTZ mit der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation zum Thema Jugendförderung und Gewaltprävention in Lateinamerika. Aktuell koordiniert sie in Peru das GTZ Vorhaben „Haushaltsenergie im ländlichen Raum“.

# Auf Ursachensuche

„Ich sehe keine Hoffnung für die Zukunft unserer Gesellschaft, weil unsere heutige Jugend unsagbar rücksichtslos ist.“ Dieser Ausspruch stammt von dem griechischen Dichter Hesiod, der im 7. Jahrhundert vor Christus lebte. „Wir waren immer schon der Ansicht, unsere Jugend sei gewalttätig, rücksichtslos und gefährlich“, kommentiert Mattias Lundberg von der Weltbank die Aussage Hesiods. „Ich bin mir da gar nicht so sicher, dass wir heute eine völlig andere Situation haben als damals. Oder vielleicht doch?“

Gemeinsam mit anderen Praktikerinnen und Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern machte er sich auf die Suche nach den Ursachen der Jugendgewalt.

Diese tritt in vielerlei Formen in Erscheinung. Und auch die Ursachen sind vielfältig. Dennoch spricht Dr. Peter Imbusch von einem Muster, das der Gewalt Jugendlicher zugrunde liegt. Es beginnt, so der Bielefelder Wissenschaftler, mit eigener Gewalterfahrung in Form von Schlägen oder schlechter Behandlung in der frühen Sozialisation. Gewalt wird erlernt. Zudem wachsen die Kinder in eine Gesellschaft hinein, die ihnen nur wenige Chancen bietet. Gewalt ist folglich auch eine mögliche Option, etwas zu erreichen. Gleichaltrige mit erfolgreicher Gewaltkarriere sind den Jugendlichen dabei Vorbild. „Und am Ende reichen dann ganz banale Auslöser für die Jugendlichen, um die Gewalt virulent werden zu lassen.“

Eine Sichtweise, die Ulrich Burgmer, Leiter des Community Peace Workers Projekts in Südafrika, bestätigt. Er arbeitet seit mehr als 16 Jahren in Südafrika und ist mit dem Thema in all seinen Facetten vertraut. „Südafrika zeichnet sich dadurch aus, dass die Hemmschwelle zur Gewaltbereitschaft extrem niedrig liegt. Wenn man als Kind heute in den Townships von Südafrika aufwächst, dann wächst man in eine Kultur der Gewalt hinein.“ Die Kinder werden in zerrütteten Familien groß, sind häufig Tag für Tag über eine lange Zeit sich selbst überlassen, ihre Vorbilder sind nicht die Eltern, sondern ältere Jugendliche, die schon eine gewisse Position auf der kriminellen Karriereleiter erklommen haben. „Für diese Jugendlichen ist es normal, dass man in die Nachbargemeinde geht, in ein Haus einbricht und sich das holt, was man haben will. Schuldbewusstsein

fehlt ihnen völlig.“ Die Menschen in ihrer Umgebung, in ihrer Gemeinde decken dieses kriminelle Verhalten, denn sie profitieren davon, weil die Jugendlichen sie finanziell unterstützen. Mehr noch, „sie genießen bei der Bevölkerung hohes Ansehen“, weiß Burgmer. Zum Teil ist dies im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, dass während der Apartheid der gewalttätige Widerstand gegen die illegitime Staatsmacht in der breiten Bevölkerung anerkannt wurde und sich die Protestformen nicht nur institutionalisierten, sondern auch auf nicht-politische und kriminelle Ziele ausweiteten.

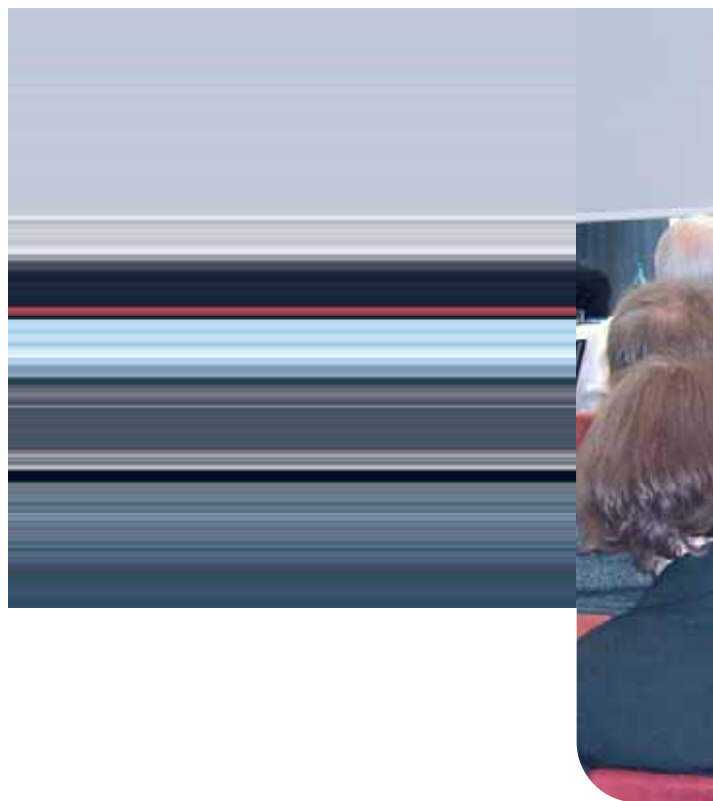
Eine weitere Ursache sieht Imbusch in den herrschenden sozialen und ökonomischen Strukturen der Entwicklungsländer, die den Jugendlichen keinen reibungslosen Übergang ins Erwachsenenleben gestatten. Es sind vor allem soziale Regeln, die sich hier als hemmend erweisen. Um heiraten und eine Familie gründen zu können, muss man beispielsweise in manchen Ländern einen Beruf und ein eigenes Einkommen haben. Und diese Regeln werden auch heute noch respektiert. In diesem Kontext ist die Herausbildung einer gelungenen personalen und sozialen Identität in Gefahr. Das soziale Umfeld vermittelt zu wenig Anerkennung, und der Selbstwert leidet. Daher suchen sich Jugendliche häufig andere, abweichende Identitätsbezüge und finden nicht selten Bestätigung und Machtgefühl in der Gewalt.

Gewalt als Folge von Kultur und ihrer Prägung von Rollenbildern war ein weiterer Aspekt der Ursachendiskussion. Allerdings warnte Imbusch davor, die Kulturfrage in diesem Zusammenhang zu überhöhen. Es gebe zwar Gewaltkulturen, dazu gehöre auch die Mafia in Italien, dennoch dürfe man nicht übersehen, dass Gewalt für viele einfach „ein probates Mittel des Konfliktaustrags ist. Man greift nicht auf zivilere Formen der Konfliktlösung zurück, sondern regelt das selbst. Ich darf an dieser Stelle den Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann zitieren, von dem der schöne Satz stammt: ‚Gewalt ist eine Universalsprache‘. Sie wird überall verstanden. Egal, ob Sie in Südafrika oder in Lateinamerika oder in Frankfurt von jemandem mit dem Messer bedroht werden, Sie verstehen das, da brauchen Sie keine kulturellen Erklärungen.“

Neben Armut, sozialer Ungleichheit und einer Kultur der Gewalt gelten als Ursachen für Jugendgewalt auch strukturelle Umbrüche im sozio-ökonomischen System infolge einer neoliberalen Strukturanpassungspolitik, so der Politologe und Zentralamerikakenner Peter Peetz. Konsequenz ist, dass der Staat weniger Geld für Sozialprogramme ausgibt oder dass verstärkt Arbeitslosigkeit entsteht. Dass diese Erklärung nicht immer stichhaltig ist, zeigt das Beispiel Venezuela; das Land hat sich vor zehn Jahren bereits von der neoliberalen Politik verabschiedet und hat dennoch mit einem großen Gewaltproblem zu kämpfen. Allerdings leidet Venezuela nach wie vor unter massiver sozialer Ungleichheit.

Neben diesen äußeren Faktoren, die für die Entstehung von Jugendgewalt förderlich sind, machen die Wissenschaftler zunehmend auch das irrationale Element, das der Gewalt anhaftet, als eine weitere Ursache aus. Lust am Zoff, wie Peter Imbusch das nennt: „Gewalt ist nie immer nur instrumentell. Sie bricht sich Bahn über das

eigentliche Maß hinaus, das notwendig wäre, um etwas zu kriegen.“ Die Erziehungswissenschaftlerin Elisabeth Rohr von der Universität Marburg legte in ihrer Wortmeldung dar, dass für sie eine wesentliche Ursache für die Jugendgewalt, speziell in Zentralamerika, die unbewältigten Traumata der heutigen Nachkriegsgeneration darstellen. „Es ist bekannt, dass unbewältigte Traumatisierungen, die in der einen Generation nicht bearbeitet und bewältigt wurden, bis in die zweite und dritte Generation hineinreichen. Wenn Konflikte in der ersten Generation nicht bearbeitet wurden, schädigen sie noch die Kinder und Enkelkinder. Für mich ist völlig klar, dass die Nachkriegsgesellschaften in Guatemala oder El Salvador die Konflikte nicht bewältigt haben. Und von daher erklärt sich für mich auch der extrem hohe Pegel von Gewalt in diesen Gesellschaften,“ so Rohr im Verlaufe der Diskussion.



# Warnsignale erkennen

Die Ursachen, die auf individueller Ebene Gewalt auslösen können, sind in der Wissenschaft längst hinreichend diskutiert, so in der Psychologie, in der Sozialpsychologie oder in der Genderforschung. Ökologisch-systemische Modelle, zum Beispiel der Weltgesundheitsorganisation, erklären Jugendgewalt anhand des Zusammenspiels vielfältiger Faktoren in der Sozialisation Heranwachsender. „Nur den Ausbruch voraussagen kann man nicht“, betont Imbusch. Und weiter: „Wir sind eigentlich gar nicht so sehr überrascht, wenn etwas passiert, sondern nur, dass es ausge-rechnet zu dem Zeitpunkt passiert, an dem es passiert. Und das ist auch unser Erklärungsproblem, weil es immer ein Stück weit zufällig ist.“

Und Dr. Hans-Heiner Rudolph, Leiter des Kompetenzfeldes „Bildung und Jugend“ in der GTZ, fordert: „Wir müssen hellhörig werden für Signale und vorbeugend tätig werden. Wenn es richtig knallt, dann versteht ja jeder, dass etwas los ist. Das gilt für Europa genau so wie für Lateinamerika.“ Werden die Warnsignale früh registriert und vor allem auch beachtet, und werden

potenzielle Hotspots der Jugendgewalt identifiziert, kann man rechtzeitig eingreifen und den Ausbruch von Jugendgewalt verhindern. Zu diesen Warnsignalen gehören beispielsweise hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen, ein hohes Aufkommen von häuslicher Gewalt, eine abnehmende Kohäsion und zunehmende Anonymität im Gemeinwesen, erodierende Familienstrukturen, Verslummung, die Abnahme der staatlichen Kapazität, das Gewaltmonopol auszuüben, sowie eine extreme Kluft zwischen Arm und Reich. Kaum als Warnsignal dagegen taugt, so Imbusch, der Anteil der Jugendlichen, insbesondere der „angry young men“, an der Gesamtbevölkerung eines Landes, wie es die Youth-Bulge-These sieht. Diese von dem Soziologen Gunnar Heinsohn begründete These legt einseitig nahe, dass immer dann gewalttätige Konflikte auftreten, wenn in einer Gesellschaft überdurchschnittlich viele (männliche) Jugendliche leben, die keine Aussichten haben, eine angemessene Position in der Gesellschaft zu finden.



# Die Datenlage

Wenn es um Zahlen zur Jugendgewalt geht, werden vorrangig Täter- oder Opferzahlen ins Feld geführt. So gab es beispielsweise nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Jahr 2000 schätzungsweise 199 000 Opfer von Gewalt unter jungen Menschen, das sind täglich 565 Jugendliche. Dabei entfallen auf jeden jungen Menschen, der durch Gewalteinwirkung ums Leben kommt, 20 bis 40 weitere, deren Verletzungen eine Krankenhauseinweisung erforderlich machen.

Die Jugendgewalt variiert sehr stark zwischen den Regionen, aber auch zwischen den einzelnen Ländern. Dies lässt sich am Beispiel der Homizidraten verdeutlichen. Nach Angaben der WHO beträgt die Homizidrate unter Jugendlichen in den westeuropäischen Gesellschaften sowie in Teilen Asiens und der pazifischen Staaten 0,9 pro 100 000 Einwohner. In Afrika erreicht sie 17,6 und in Lateinamerika 36,4.

Das unterschiedliche Ausmaß in einzelnen Ländern veranschaulichen die folgenden Zahlen: In Kolumbien lag die Homizidrate im Jahr 2002 bei 84,4 pro 100 000 Einwohner, in El Salvador war sie deutlich geringer und betrug 50,2. Abgesehen von den USA mit einer Homizidrate von 11,0 sind die meisten Staaten mit Homizidraten über 10 pro 100 000 Einwohner entweder Entwicklungs- oder Transformationsländer, die einem schnellen sozio-ökonomischen Wandel ausgesetzt sind. Die Länder mit den geringsten Homizidraten liegen in Westeuropa – Frankreich 0,6, Deutschland 0,8, Großbritannien 0,9 – oder in Asien. So hatte Japan beispielsweise eine Homizidrate von 0,4 im Jahr 2002.

Ana Moreno Morales zweifelt allerdings die Verlässlichkeit der veröffentlichten Daten an, gleich von welcher Institution oder Organisation. „Man redet über Mordraten und sieht die Jugendlichen als Opfer, aber die Daten, die wir haben, sind, zumindest in Mittelamerika, nicht zuverlässig. Was man weiß ist, dass die meisten Mordopfer Jugendliche sind, aber man kann nicht sagen, dass sie auch die Täter sind. Man sollte endlich damit anfangen, die Informationssysteme zu verbessern, damit man weiß, wo man mit Gegenmaßnahmen ansetzen muss, wo man was machen kann.“

Auch die Datenlage zu den Kosten der Jugendgewalt ist verbesserungswürdig. Es ist unbekannt, welche Gesamtkosten beispielsweise einem bestimmten Land Jahr für Jahr durch Jugendgewalt tatsächlich entstehen. Einen Anhaltspunkt dafür geben Schätzungen, die für den lateinamerikanischen Kontinent von Kosten in Höhe von 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Mittel aller Länder ausgehen.

Die tatsächlichen Kosten sind schwer zu ermitteln und zu quantifizieren, es gibt so gut wie keine Angaben dazu, so Mattias Lundberg von der Weltbank, der genau dies im Zuge seiner Arbeit am Weltentwicklungsbericht recherchierte. Dagegen ließen sich die Kosten für einzelne Bereiche durchaus ermitteln, so zum Beispiel die medizinischen Kosten, die für die Behandlung von Gewaltopfern anfallen. Oder die Sachschäden, die durch Einwirkung von Gewalt entstanden sind. Oder die Kosten für die Polizei. Oder die Kosten für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen privater Unternehmen. Oder auch die Kosten für verlorenes Humankapital durch Schulabbruch oder Gefängnisaufenthalte Jugendlicher.

Da entsprechende Statistiken fehlen oder völlig widersprüchlich sind, muss man andere Wege einschlagen, um an die benötigten Informationen zu kommen, wie Peter Peetz berichtet, der einige Jahre in Zentralamerika gearbeitet hat. „Wir sind das qualitativ angegangen. Wir gingen in Schulen und ließen die Schüler zunächst über ihre größten Probleme schreiben. Und dann, als zweites, sollten sie die Frage beantworten: Fühlst du dich selbst sicher oder unsicher? Heraus kam Folgendes: Beispielsweise nannten die Schülerinnen und Schüler in El Salvador als größtes Problem des Landes die Unsicherheit. Und bei der zweiten Frage waren die meisten Antworten sinngemäß: ‚Ich vertraue meiner Familie, in meiner Schule und im Barrio fühle ich mich sicher. Ich kenne zwar jemanden, dem ist schon was passiert, aber eigentlich ist es ganz okay.‘ Das brachte eine gewisse Relativierung mancher Sensationsberichterstattung in den Medien und auch der Informationen, die von Politikern vor allem vor Wahlen ganz bewusst gestreut werden.“

# Jugendbanden

Jugendbanden stellen in Lateinamerika und auch in Afrika ein großes Problem dar. Sie sind unter anderem ein Ergebnis der äußerst repressiven Politik, die in vielen Staaten die Antwort auf die Jugendgewalt ist, so GTZ-Mitarbeiterin Dr. Ana Isabel Moreno Morales.

Was diese Banden für Jugendliche attraktiv macht, formulierte Mattias Lundberg von der Weltbank folgendermaßen:

„Jugendbanden sind für ihre Mitglieder ein Familienersatz. Sie geben den jungen Menschen ein Zugehörigkeitsgefühl und neuen Glauben, sie geben ihnen aber auch Dinge des täglichen Gebrauchs. Ich fragte einmal einen jungen Mann in Sierra Leone, weshalb er zu den Rebellen gegangen sei. Seine Antwort – sie gaben mir Schuhe. So einfach ist das. Jugendbanden bieten ihren Mitgliedern einen konkreten Nutzen.“ Sie sind aber auch ein Mittel, die reichlich vorhandene Zeit totzuschlagen, wie eine 2007 durchgeführte Studie von Demoscopia ergab: Die befragten Bandenmitglieder in Zentralamerika

verbringen mehr Zeit auf der Straße, in Kneipen und Diskotheken und lassen sich deutlich mehr auf Drogen und Wetten ein als ihre Altersgenossen. Woraus Peter Peetz folgert: „Es gibt einfach zu wenig Angebote an sinnvoller Freizeitgestaltung für diese Jugendlichen.“

Dieser soziale Aspekt ist nach Ansicht der Wissenschaftler genau der Punkt, den Politik und Entwicklungszusammenarbeit nutzen können, um Banden „positiv umzuorientieren“, wie Imbusch das nennt. Um damit Erfolg zu haben, „kommt es sehr genau darauf an zu wissen, weshalb die jungen Leute in diesen Gruppen Mitglied sind, was sie davon erwarten und was sie tatsächlich erhalten. Häufig hilft es, andere Bezugspersonen als Vorbilder zu etablieren, an denen sich die Gruppenmitglieder orientieren. Da kommt zum Beispiel ehemaligen straffälligen Jugendlichen eine wesentliche Rolle zu, denn sie können aus eigener Erfahrung berichten.“ Eine andere Erfolg versprechende Möglichkeit ist, so Peter Peetz, die Gruppe als ganzes zu gewaltlosen Aktivitäten anzuleiten, beispielsweise mithilfe eines Beschäftigungsprojektes.



So lassen sich das Gruppenpotenzial und die soziale Kohäsion zur Umorientierung nutzen. Einzelne aus einer Gruppe zu lösen, erweist sich dagegen als wesentlich schwieriger.

Dieses Wissen über die Möglichkeiten der Umorientierung von Gruppen, so die Wissenschaftler, kann sich sowohl die Politik als auch die Entwicklungszusammenarbeit zunutze machen und hier ansetzen, um der Jugendgewalt entgegen zu steuern. Weitere Ansatzpunkte bieten die altersabhängigen Kriterien, die über die Verweildauer und vor allem über den Zeitpunkt des Ausscheidens aus einer Jugendbande entscheiden. Beobachtungen aus der Praxis zeigen, dass sich einer dann aus der Gruppe zurückzieht, wenn er eine Freundin hat. Das gleiche gilt für Heirat oder die Geburt eines Kindes. Das alles sind Gründe zum Verlassen der Bande und für eine Neuorientierung der jungen Erwachsenen. Auch die Aufnahme einer vernünftigen Beschäftigung setzt diesen Prozess in Gang. Speziell in Lateinamerika hat Peter Peetz noch einen anderen Auslöser ausgemacht – den Eintritt in eine Kirche. „Das hat vielleicht nicht so viel mit dem Alter zu tun, sondern wohl eher mit einer geistigen Fortentwicklung der Person.“

Viele Jugendbanden sind eng mit dem organisierten Verbrechen verbunden, „Drogenhandel, Menschenhandel, Waffenhandel – daraus finanzieren sich die Jugendbanden“, weiß Wolfgang Hees von Caritas international, der in mehreren lateinamerikanischen Ländern Erfahrungen in der Arbeit mit Jugendbanden gesammelt hat. „Und wenn man die Leute fragt warum sie hier mitmachen, dann sagen sie klipp und klar: da bekomm ich Geld, sie besorgen mir die schönsten Mädchen, sie geben mir Macht. Das sind die Tatsachen, die zählen, und die wir mit einem allgemeinen Bildungsprogramm nicht ausstechen können.“

Allerdings stellt die Demoscopia-Studie genau diesen engen Zusammenhang zwischen Jugendbanden und organisiertem Verbrechen infrage. Verbindungen und zunehmende Organisierung – ja, verlängerter Arm des organisierten Verbrechens – eher nein. Es gibt durchaus auch „unabhängige“ Jugendbanden, die beispielsweise auf Stadtteilebene agieren und spezifische Organisations- und Kommunikationsformen entwickeln. Dies macht

es auch so schwierig, die Gruppen durch repressive Maßnahmen gegen die leitenden „Köpfe“ zu zerschlagen. Die Bandenmitglieder selbst, die Mareros, vergleichen sich mit einem Ameisenheer. Wird eine außer Gefecht gesetzt, rücken vier neue nach.

„Was das Problem in Lateinamerika so virulent macht, ist die Art und Weise, wie sich diese Gruppen institutionalisieren und die Mechanismen, die dabei wirksam werden“, resümiert Moderatorin Sabine Kurtenbach. „Wenn die primären Formen der Prävention nur noch begrenzt greifen, müssen wir auf diese Mechanismen stärker einwirken. Das sind dann auch unterschiedliche Ansatzebenen für die Entwicklungszusammenarbeit.“ Es ist ein sehr langwieriger Prozess, aus einer hochgradig gewalttätigen, organisierten Jugendbande eine moderatere zu machen. „Das geht nur zusammen mit den Bewohnern der Stadtviertel, in denen die Banden zuhause sind“, so die Erfahrung von Wolfgang Hees in seiner Arbeit für Caritas international. „Wir können die Jugendbanden nicht abschaffen, die Attraktion des Geldes, das durch das organisierte Verbrechen da ist, ist einfach zu groß.“



# Repression

Viele Regierungen versuchen, mit Repression und harten Strafen der Jugendgewalt Herr zu werden. Bekannt ist die Methode unter verschiedenen Namen. *Mano dura*, Politik der harten Hand, heißt sie in Lateinamerika, *zero tolerance* im anglophonen Sprachraum, Nulltoleranz-Politik im deutschen Sprachgebrauch. Das Fehlverhalten der Jugendlichen wird mit Polizeigewalt und Gefängnisaufenthalt sanktioniert, oft unabhängig von der Schwere des Vergehens. Ein höchst umstrittenes Vorgehen, wie die kontroverse Diskussion bewies, die das Für und Wider ausführlich beleuchtete.

Jugendkriminalität oder Kriminalität allgemein ist ein Thema, das alle angeht, weil alle darunter leiden. Dieses öffentliche Interesse, das auch von den Medien laufend genährt wird, setzt die Regierenden unter Handlungsdruck. „Jeder, der schon einmal unter Gewaltverhältnissen gelebt hat, wird es automatisch als Erleichterung empfinden, wenn gegen Straftäter hart durchgegriffen wird“, weiß Peter Imbusch. „Das erklärt die Popularität der Nulltoleranz-Politik.“ Ein vermeintlich rascher, sichtbarer Erfolg bei der Verbrechensbekämpfung garantiert Beliebtheit und damit auch die Wiederwahl nach Ablauf der Amtszeit – damit erklären sich Wissenschaftler und

Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit die Tatsache, dass Politiker weltweit nach wie vor auf die Nulltoleranz-Politik setzen, wenn es um die Bekämpfung der Jugendgewalt geht. Diese politische Ökonomie zu verändern ist nach Einschätzung der Fachleute nicht leicht. „da muss die Prävention politisch attraktiver werden“, stellt Niko Schützhofer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fest. „Wenn man sich die Budgets der Regierungen anschaut, dann sieht man eindeutig, dass sie auch weiterhin die *mano-dura*-Politik bevorzugen.“ „Wir haben keine ausreichenden finanziellen Ressourcen zur Förderung von sozialer Entwicklung in den Partnerländern“, ergänzt Alexander Erich von Avedis, Consulting-Unternehmen für soziale Entwicklung. „Haben wir Mittel für Streetworker, Sozialarbeiter, Jugendpfleger? Die Antwort ist nein! Solange es dafür aber keine ausreichende Mittelausstattung gibt, ist es schwierig, wirkliche Alternativen zur Nulltoleranz-Politik aufzuzeigen und umzusetzen. Diese Politik ist nicht nur in Lateinamerika populär, sie war es auch in Kenia bei den dortigen Unruhen zu Beginn des Jahres.“ „Irgendwann kommt der Punkt, wo viele sagen, jetzt hauen wir rein, damit das Ganze nicht völlig außer Kontrolle gerät. Da gibt es für die Polizei überhaupt keine andere Möglichkeit als zurückzuschießen. Zwar nicht mit scharfer Munition, sondern mit Gummigeschossen, wie es die südafrikanische Polizei im Frühjahr dieses Jahres bei den Massakern gemacht hat“, kommentiert Ulrich Burgmer das harte Eingreifen der Polizei, um im gleichen Atemzug einzuschränken: „Repression ist nur deswegen notwendig, weil es vorher keine Prävention gab, und sie wird auch weiterhin notwendig sein. Aber das eine schließt das andere nicht aus.“ „Man muss ein Gleichgewicht finden zwischen der Prävention auf der einen Seite und der Durchsetzung des gesellschaftlichen Strafanspruchs gegenüber jugendlichen Mördern auf der anderen“, fordert GTZ-Mitarbeiter Dr. Jörg Freiberg-Strauß, der lange Jahre in Guatemala gelebt hat. Dort kann man nahezu ungestraft einen Mord begehen. „Gewalt bis hin zu Mord ist ein fast positiv besetztes Leitbild. Gewaltmärkte, wie wir sie auch in Guatemala haben, bieten Jugendlichen eine wichtige und schnelle Aufstiegsmöglichkeit; sie können so Geld verdienen und zu sozialem Ansehen kommen. Der größte Prozentsatz von Mördern in Guatemala sind Jugendliche und junge Erwachsene.“ Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch die Zu-



nahme der Gewalt bedroht, „und dann ist der einzige Ausweg Nulltoleranz.“ Doch mit Niederknüppeln oder Zurückschießen ist dem Problem der Jugendgewalt dauerhaft und langfristig nicht beizukommen, so der Konsens der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Ganz allgemein lässt sich in den Ländern, deren Regierungen mit harter Hand gegen straffällig gewordene Jugendliche vorgehen, beobachten, dass dies kurzfristig zwar vielleicht hilft, auf längere Sicht aber keine Lösung des Problems bringt. Beispielsweise stieg in El Salvador parallel zur Verschärfung der Nulltoleranz-Politik die Mordrate, die als Indikator für den Erfolg dieser Vorgehensweise gilt, weiter an. „Die Hauptwirkung ist also nicht eingetreten“, konstatiert Peter Peetz und verweist auf die Nebenwirkungen. Einige der Jugendlichen kommen schon bei den mit der Nulltoleranz-Politik verbundenen Polizei- und Militäreinsätzen zu Tode, die anderen erwartet ein Aufenthalt in heillos überfüllten Gefängnissen, wo sie oft jahrelang ohne Urteil einsitzen, da die Justiz dauerhaft überlastet ist. Allerdings müssen langfristige Gefängnisaufenthalte ohne rechtskräftige Verurteilung nicht zwingend die Folge überlasteter Gerichte sein; beispielsweise begegnet die philippinische Justiz, wie Mattias Lundberg berichtet, offensichtlich erfolgreich dem Problem mit mobilen Gerichten, die von Stadt zu Stadt ziehen und zügig die anhängigen Verfahren bearbeiten mit dem Ziel, die straffällig gewordenen Jugendlichen so rasch wie möglich aus den Gefängnissen herauszuholen. Eine andere Praxis ist in Südafrika üblich. Dort kümmern sich, so Ulrich Burgmer, so genannte Community Courts um die Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Vor allem leichtere Vergehen, wie beispielsweise einfacher Diebstahl, werden auf diese Weise möglichst sofort geahndet, den jugendlichen Tätern wird damit ein langer Gefängnisaufenthalt erspart.

Das ist auch im Sinne der Prävention, denn wenn Jugendliche, die für ein Bagatelvergehen ins Gefängnis gesteckt werden und dort längere Zeit mit Schwerverbrechern gemeinsam inhaftiert sind, wieder herauskommen, sind sie „fantastisch gut qualifizierte Kriminelle“, weiß Ulrich Burgmer. „In Südafrika werden die Haftanstalten von kriminellen Jugendlichen denn auch als Universitäten bezeichnet.“ Unterstützung erhält er von Ana Moreno Morales. Sie berichtet von einem Projekt in einer peruanischen Gemeinde, das von PAHO (Pan-Amerikanische Gesundheitsorganisation), der

Polizei und dem Justizministerium getragen wird. Hier müssen sich jugendliche Straftäter vor einem Team verantworten, das aus einem Psychologen, einem Richter und einem Polizeibeamten besteht. Die Strafe besteht nicht aus Gefängnisaufenthalt, sondern aus Sozialdienst. Dieses Verfahren gilt allerdings nur für leichte Verbrechen. „Neben der Vermeidung von Gefängnisaufenthalten ist die Förderung sozialer Kontrolle und sozialer Integration wichtig“, ergänzt Peter Imbusch. „Das wird im Zuge der neuen Straflust, wie das in Europa und den USA so schön heißt, zunehmend vergessen. Die soziale Kontrolle über die Einbindung in bestimmte Gruppen ist ein sehr wirksames Element. Kleinkriminelle Jugendliche, denen hinterher oft leid tut, was sie gemacht haben, brauchen diese soziale Kontrolle und die damit verbundenen Vorgaben, um eine Orientierung zu haben.“

Möglichkeiten hierzu bieten die Kulturarbeit oder der Sport. Beispielsweise Straßenfußball. „Das ist sehr gut zur Konfliktmediation geeignet“, wie Ana Moreno Morales aus Erfahrung weiß. „Wir haben damit in einem Projekt in Peru gearbeitet, und zwar mit gemischten Mannschaften. So lernten die Jugendlichen nicht nur Regeln und Normen, sondern setzten sich auch mit Genderaspekten auseinander. Es funktioniert wirklich sehr gut, das hat auch die Evaluierung gezeigt. Und man kann die Methode überall einsetzen.“

Im Zusammenhang mit der Ahndung von Straftaten, die von Jugendlichen begangen wurden, sollte man besser von Sanktion denn von Repression sprechen, so die Anmerkung von Moderatorin Sabine Kurtenbach. Überhaupt sei die harte Bestrafung Jugendlicher nicht sinnvoll, das habe sich auch in den USA gezeigt, ergänzt Mattias Lundberg. Ein Erfolg versprechender Ansatz sei stattdessen ein resozialisierungsorientiertes Justizwesen, wie es bereits in etwa hundert Ländern weltweit im Zusammenhang mit Jugendkriminalität üblich ist. „Anhand der repressiven Reaktion auf die Jugendgewalt kann man ganz klar dokumentieren, dass Jugendgewalt ein Hindernis für die Entwicklung der Länder ist“, stellt Anna Moreno Morales unwidersprochen fest. „Über der Repression vergessen die Regierungen die Förderung der jungen Menschen und geben ihnen somit keine Möglichkeiten, zur Entwicklung ihrer Gemeinden und Länder beizutragen. Das können wir in ganz Lateinamerika beobachten.“

# Ansatzmöglichkeiten für die Entwicklungszusammenarbeit

„Es gibt nur sehr wenige erprobte Ansätze und die sind alle sehr langfristig angelegt“, ist die Meinung von Mattias Lundberg. „Nachgewiesenermaßen führen Maßnahmen, die in der frühen Kindheit ansetzen dazu, dass die Jugendlichen weniger zu kriminellen Handlungen neigen und damit auch entsprechend weniger einsitzen müssen. Gleichzeitig verbessern sich so die Chancen, dass die Jungen und Mädchen nicht vorzeitig die Schule abbrechen. Aber das sind Investitionen, die sich über 15 oder gar 20 Jahre erstrecken.“ Dieses Plädoyer zugunsten von Präventionsmaßnahmen, die bereits bei Kindern und nicht erst bei Jugendlichen ansetzen, deckt sich mit den Erfahrungen von Ana Moreno Morales. Auch sie kommt aufgrund ihrer Tätigkeit in dem überregionalen Jugendförderungs- und Gewaltpräventionsprojekt in Lateinamerika zu dem Schluss: „Jugendprojekte müssen schon bei den Kindern beginnen, außerdem müssen wir mehr mit den Familien arbeiten.“

Einfache Lösungen gibt es bislang nicht und es wird sie auch in Zukunft nicht geben. Dazu ist das Problem Jugendgewalt zu vielschichtig. „Öffentliche Gesundheit, Psychologie, sexuelle Frustration, Teilhabe, Zugehörigkeit, Überzeugung, alternativer Lebensentwurf – so viele Aspekte das Thema hat, so viele Wege gibt es auch zu seiner Lösung. Aber sie sind alle miteinander verknüpft und je nach Situation muss man verschiedene Wege kombinieren“, ist Matthias Lundberg überzeugt.

Zwar stand die Fachtagung unter dem Motto „Jugendgewalt – Herausforderung für die Entwicklung“, dennoch tauchte immer wieder die Frage auf, welche Jugendlichen denn tatsächlich für die Entwicklungszusammenarbeit relevant seien. Alle Jugendlichen als Zukunftsträger oder nur die Jugendlichen, die einen Risikofaktor für die Entwicklung ihres Landes darstellen und die daher einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. „Es gibt Ansätze, deren Ziel es ist, straffällig gewordene Jugendliche so in soziale Strukturen einzubinden, dass sie von ihrem delinquenten Verhalten ablassen. Doch dazu brauchen sie Vorbilder und ein familiäres Umfeld, alleine schaffen sie es nicht. Hier wäre auch ein Ansatzpunkt für die Entwicklungszusammenarbeit, hier könnte man mit vergleichsweise wenigen Mitteln wahrscheinlich relativ viel erreichen“, meint Peter Imbusch und verweist auf entsprechende Erfahrungen mit Jugendprojekten in

Entwicklungsländern, die über Sozialarbeit erfolgreich straffällig gewordene Jungen und Mädchen einbinden. „Aber nur, wenn es darüber hinaus Chancen gibt“, schränkt er ein und folgert: „Für die Entwicklungszusammenarbeit ergibt sich daraus die Anforderung, dass man zunächst Alternativen für Jugendliche aufbauen muss. Und da könnte die Entwicklungszusammenarbeit auch an der sozialen Situation der Jugendlichen in den Ländern generell ansetzen, und zwar auf der lokalen und kommunalen Ebene. Allerdings wären das Investitionen, deren Nutzen nicht sofort ersichtlich ist. Man kann erst mittelfristig erkennen, ob das Geld sinnvoll angelegt wurde.“

Einen anderen Ansatzpunkt sieht Ulrich Burgmer. Anhand seiner Erfahrungen in Südafrika hält er die Vernetzung aller staatlichen Einrichtungen eines Landes, die mit dem Thema Jugend zu tun haben, für vordringlich. Diesen Prozess könne die Entwicklungszusammenarbeit beratend unterstützen, ebenso die klare Aufgabendefinition der einzelnen Institutionen, von der nationalen bis hinunter zur lokalen Ebene. „Damit kann man ein wesentlich größeres Spektrum an Jugendgewalt erfassen und erfolgreicher als bislang Präventivmaßnahmen durchführen“, ist er überzeugt. „Ein Jugendministerium als oberste Koordinationsinstanz wäre dabei sehr hilfreich.“ „Bei der Vernetzung einzelner Institutionen und Organisationen kann die Entwicklungszusammenarbeit wirklich sehr viel machen, wenn sie hier beratend tätig ist“, unterstützt Moreno Morales ihren Kollegen aus Südafrika. Aus ihrer Arbeit weiß sie: „Das stärkt den Erfahrungsaustausch – bei uns in Lateinamerika ist es der Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Ländern – und führt zu einer gewissen Harmonisierung ihrer Jugendpolitik. Allerdings setzt ein solch regionaler Ansatz eine exakte Analyse der Jugendproblematik in den einzelnen Ländern voraus, nur so kann man mögliche Ansatzpunkte erkennen. Und die können überall anders sein.“

# Prävention durch Bildung und Beschäftigung

„Es gibt einige grundlegende Wahrheiten, die auch empirisch verifizierbar sind. Eine lautet, je höher die Bildung, desto weniger Gewalt gibt es. Das trifft auf alle Gesellschaften zu. Die andere empirische Grundwahrheit ist der Zusammenhang zwischen einer gewissen sozialen Sicherheit und der Gewalt oder Konfliktivität von Gesellschaften. Mit anderen Worten, je mehr soziale Sicherheit tendenziell da ist, desto weniger Gewalt und desto weniger gewaltsame Konflikte gibt es“, stellt Dr. Peter Imbusch fest. Er unterstützt damit Dr. Rüdiger Blumör, zuständig für das Sektorvorhaben „Bildung und Konflikt“ bei der GTZ, der Bildung und Beschäftigung eine wichtige Rolle bei der Förderung der sozialen Kohäsion und Integration zuschreibt, vor allem auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, beispielsweise nach Bürgerkriegen oder gewalttätigen Konflikten. Nur mithilfe von Bildung und Beschäftigung, so Blumör, sei die Integration von Kindern und Jugendlichen, auch ehemaligen Kindersoldaten, in die Gesellschaft möglich. „Bildung, Bildung, Bildung, Jobs, Jobs, Jobs. Das sind die Zukunftsperspektiven, die man den Kindern und Jugendlichen ermöglichen muss. Wir müssen sie so befähigen, dass sie in einkommensrelevante Beschäftigung kommen und das heißt Beschäftigungsförderungsprogramme, das heißt Qualifizierungs- und Bildungsprogramme. Und da können wir seitens der Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag dazu leisten.“

Gerade der Beschäftigungsansatz wurde kontrovers diskutiert, da es in den Entwicklungsländern viel zu wenig Arbeitsplätze im formalen Sektor gibt, sodass die Jugendlichen trotz Qualifikation auf der Straße stehen. „In welche Bereiche können die Jugendlichen denn gehen in der heutigen Wirtschaft?“, fragt Moderatorin Sabine Kurtenbach zu Recht. Und Peter Imbusch ergänzt: „Woher sollen die Jobs denn kommen? Es gibt viel zu viele Jugendliche für die vorhandenen Arbeitsplätze. Und ich sehe bei den derzeitigen Wirtschaftsstrukturen der Länder auch keine Perspektive, wie das Problem in absehbarer Zeit befriedigend gelöst werden könnte. Da wird es noch über längere Zeit größere

Reibungsverluste geben.“ Als Gegenbeispiel für die These, Bildung und Beschäftigung seien erfolgreiche Gegenmittel gegen Jugendgewalt wurden die lateinamerikanischen Länder Nicaragua und Bolivien angeführt, die beide die niedrigsten Mordraten in der gesamten Region aufweisen, und das, obwohl die Arbeitslosigkeit im Vergleich mit anderen Ländern der Region sehr hoch ist und das Bildungsniveau relativ niedrig. „Das soll nicht heißen, dass Verbesserungen in den Bereichen nicht zur Einschränkung der Jugendgewalt beitragen, aber es gibt sicher noch viele andere Faktoren“, führt Niko Schützhofer vom BMZ aus.

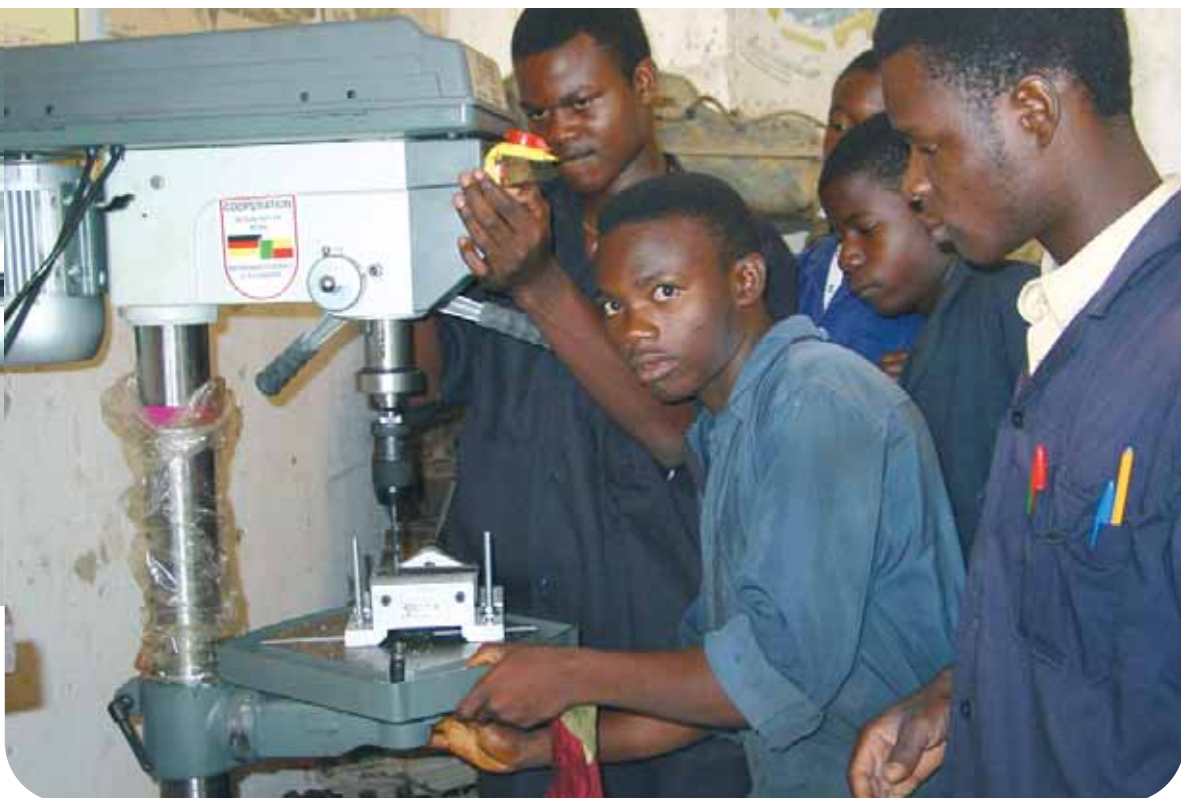
Weniger kontrovers wurde der Aspekt Schulbildung als Mittel der Gewaltprävention diskutiert. In seiner Beurteilung legte Dr. Hans-Heiner Rudolph die Erfahrungen der GTZ aus dem Bildungssektor zugrunde. „Wenn Bildungsinhalte relevant fürs Leben sind und attraktiv vermittelt werden – zum Beispiel über gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer – wenn Schulpolitik vernünftig gesteuert wird, dann ist eine flächendeckende Prävention auch von Jugendgewalt möglich. Und zudem noch wirkungsvoll und wirtschaftlich, weil alle in die Schule gehen oder gehen sollten. Zudem hat Bildung auch nachhaltige Wirkungen. Hier können die Jugendlichen life skills und Werte entwickeln, mit Bildung bekommen sie Perspektiven.“

Bildung und Beschäftigung, sind, so Imbusch zusammenfassend, „zwei grundlegende Maßnahmen, die mit zur Eindämmung der Jugendgewalt beitragen können. Allerdings nur, wenn weitere dazukommen.“ Denn genauso wenig, wie es nur eine Ursache für Jugendgewalt gibt, genauso wenig gibt es auch nur einen Ansatz, ihr zu begegnen. Jobs und Bildung sind zwei Bereiche des möglichen Spektrums, Kultur, soziale und politische Beteiligung weitere. „Es ist ein breit gefächertes gesellschaftliches Problem, daher müssen unsere Ansätze genauso breit angelegt und vielschichtig sein“, so Anja Kramer von der KfW Entwicklungsbank.

Auch Dr. Timo Weinacht, bei der GTZ zuständig für das Sektorvorhaben „Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten“, plädiert für eine differenzierte Betrachtung hinsichtlich effektiver Präventionsstrategien. „Wir hatten hier in Deutschland die so genannte Modernisierungsverlierer-These im Zusammenhang mit Neonazi-Skinheads. Diese hat die Präventionsarbeit in Bezug auf rechte Jugendgewalt Ende der 1990er Jahre geprägt. Dann hat man festgestellt, dass es nicht nur die Modernisierungsverlierer ohne Jobs und mit geringer Bildung sind, die sich von Gewaltakteuren mobilisieren lassen, sondern durchaus auch besser gebildete. Die Frage wäre also eher, wer wird aus welchen Gründen tatsächlich von Gewaltakteuren mobilisiert. Und damit zusammenhängend auch die Frage nach alternativen Angeboten, die andere Akteure, beispielsweise die Entwicklungszusammenarbeit, den Jugendlichen machen müssen, damit diese gesellschaftliche Anerkennung erfahren und Werte und Handlungsformen alternativ zu Gewaltanwendung erlernen. Dies gilt vor allem in ihrem sozialen Umfeld und im Gemeinwesen, durch Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und eine partizipative politische Bildung.“

Dem hohen Stellenwert von Bildung und Beschäftigungsförderung für die Prävention von Jugendgewalt und Gewaltkonflikten trägt die GTZ durch die Förderung krisensensibler und Perspektiven eröffnender Bildungsangebote Rechnung. Stellvertretend für viele andere sei in diesem Zusammenhang das Vorhaben „Förderung der Entwicklungsfähigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ in Sierra Leone genannt. Durch nachholende Grundbildung, beschäftigungsorientierte Ausbildung und sozialpädagogische Unterstützung werden benachteiligte Jugendliche und vor allem frühere Kindsoldaten in die Gesellschaft reintegriert und erhalten so Alternativen zu Gewaltkarrieren.

Besonders intensiv mit dem Zusammenhang zwischen Jugendbeschäftigungsförderung und Förderung des friedlichen Zusammenlebens beschäftigt sich das Programm Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Fortalece) in El Salvador. Seit September 2007 werden in dem Vorhaben gezielt Maßnahmen der Beschäftigungsförderung mit Elementen der Gewaltprävention verknüpft.



# Prävention durch Polizeiarbeit

„Wir sollten zwar auf Prävention setzen, dürfen darüber aber die Wiederherstellung des staatlichen oder kommunalen Gewaltmonopols nicht vernachlässigen. Das hat nichts mit Repression zu tun, auch nichts mit Sanktion, sondern ist in allererster Linie die Wiederaufrichtung beziehungsweise die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung“, eröffnet Dr. Uwe Kievelitz, Leiter des Kompetenzfeldes „Prävention, Sicherheit und Frieden“ in der GTZ, die Diskussion um die Aufgabe, die der Polizei bei der Gewaltprävention zukommt. Er verweist auf die langjährige Erfahrung der GTZ bei der Polizeireform in verschiedenen Ländern und auf Erfahrungen im community policing, der gemeinwesenorientierten lokalen Polizeiarbeit. „Das ist eine ganz wichtige Ergänzung, aber auch die Organisationsentwicklung, die Unterstützung von Veränderungen im Polizeiapparat gehört dazu, ebenso die Kleinwaffenkontrolle und damit der Zugang zu den wichtigsten Gewaltinstrumenten. Unsere Arbeit bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld, das von der immer wieder neuen Suche nach sozialen Akteuren in den Institutionen gekennzeichnet ist, Akteuren, die auch zu Veränderung bereit sind.“

Vielerorts, gerade auch in Lateinamerika, erschöpft sich die polizeiliche Präventionsarbeit darin, die gewalttätigen Jugendlichen in die Gefängnisse zu stecken, ganz im Sinne der staatlichen Nulltoleranz-Politik. Nicht so in Nicaragua. „Das hat mit der Reorganisation der nicaraguensischen Polizei zu tun“, weiß Dr. Jörg Freiberg-Strauß. „Das ist ein Prozess, der dort vor 13 Jahren begonnen hat und jetzt Früchte trägt.“ Die Erfolgsgeschichte einer gemeinwesenorientierten und bürgernahen Polizei motivierte das Nachbarland Guatemala, ebenfalls eine Polizeireform einzuleiten. „Neben dem gelungenen Beispiel gab es vor allem auch Personen, die das authentisch vermitteln konnten“, erklärt Dr. Uwe Kievelitz. „Die langjährige Partnerschaft zwischen den beiden Ländern hat ganz Wesentliches bewegt, es ist ein Beispiel auch für andere Länder – weit über die Polizeireform hinaus.“

„Ich denke, wir müssen uns von diesen Stereotypen befreien, hier Prävention und dort Polizei und Nulltoleranz“, greift Dr. Jörg Freiberg-Strauß den Faden auf. „Es gibt zunehmend Polizisten, die nicht mehr so denken.“



Und auf die sollten wir hören. Wir sind so in unserer Argumentation verfangen, dass wir das gar nicht genügend wahrnehmen.“ Unterstützt wird er von Joanna Kotowski-Ziss von SUM-Consult, die sich in Vorbereitung des neuen überregionalen Vorhabens zur Jugendgewaltprävention in Zentralamerika eingehend mit Optionen seitens der deutschen Entwicklungszusammenarbeit befasst hat. Sie verweist auf die Präventionsarbeit in Deutschland und auf Einrichtungen wie den Deutschen Präventionstag, der aus der Präventionsarbeit der Länderpolizei heraus entstanden ist. „Für die Entwicklung der präventiven Ansätze in Deutschland war die Stärkung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Polizei, Schulen, Kommunen und Sozialarbeit von Bedeutung. Es ist ein ganz wichtiger Aspekt der Prävention. Denn Prävention ist eine breit angelegte Arbeit an konkreten Problemen in lokalen Kontexten. Und da gehört die Polizei ganz wesentlich mit dazu.“

Doch noch in den 1980er Jahren stand auch in Deutschland bei der Polizei der Bekämpfungsansatz vor dem Präventionsansatz. Heute ist Prävention ganz selbstverständlich auch eine Aufgabe der Polizei. Roland Ullmann vom Polizeipräsidium Westhessen in Wiesbaden verweist darauf, dass vor Jahren in Deutschland hinsichtlich der Rolle der Polizei bei der Prävention ähnliche Diskussionen geführt wurden wie jetzt im Zusammenhang mit der Jugendgewalt in Entwicklungsländern. „In den 70er und 80er Jahren wurde bei uns auch gefragt: Polizei und Sozialarbeit, passt das zusammen? Im Grundsatz hat man das überwunden, obwohl es in der Praxis in Einzelfällen immer mal wieder zu Diskussionen kommt. Diese sind zwar berechtigt, dürfen aber nicht dazu führen, dass man die inzwischen erreichte Vernetzung wieder aufgibt. Wir haben heute Spezialistinnen und Spezialisten innerhalb der Polizei, die für die Zusammenarbeit mit den Schulen zuständig sind und damit ausschließlich für Präventionsaufgaben. Prävention gehört aber ganz selbstverständlich auch zum Streifen- oder zum Ermittlungsdienst. Wir haben also einen breiten Ansatz.“

In vielen Entwicklungsländern ist die Polizei entweder aufgrund ihrer Geschichte oder der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten überhaupt nicht auf Präventionsaufgaben vorbereitet. Sie sind damit völlig überfordert beziehungsweise dafür völlig ungeeignet, wie

das bei der südafrikanischen Polizei der Fall ist. Dort wurde ein Großteil der ehemaligen Freiheitskämpfer nach 1994 bei der Polizei untergebracht. „Diese Leute haben ihre Jugend für den Freiheitskampf aufgegeben, sind nicht zur Schule gegangen, hatten keinerlei Bildung und damit auch keine Chance auf einen Arbeitsplatz“, so Ulrich Burgmer, der dies vor Ort mitverfolgt hat. „Wenn die Regierung sich nicht um sie gekümmert hätte, wäre hier ein hohes Gewaltpotenzial entstanden. Ob dieser Schritt richtig war, kann sicherlich diskutiert werden. Die Folge ist jedenfalls, dass Südafrika heute ein Polizeisystem hat, dessen Qualifikation nicht dem entspricht, was eigentlich gefordert wird.“ Die Polizistenausbildung beträgt zwischen drei und sechs Monaten, also nur einen Bruchteil dessen, was beispielsweise in Deutschland üblich ist. Und das, obwohl das Konfliktpotenzial in Südafrika deutlich höher ist, was für die Polizisten wesentlich gefährlichere Situationen mit sich bringt. „Das heißt, sie sind nicht in der Lage, der Situation Herr zu werden.“ Dazu kommt noch, dass die ehemaligen Freiheitskämpfer als Analphabeten „in dem System nicht mithalten können, sie sind also hochgradig frustriert, greifen zum Alkohol, zu Drogen, sind anfällig für Korruption. Die südafrikanische Polizei ist gegenwärtig so damit beschäftigt, sich selber zu reorganisieren, dass sie als Partner für Präventionsarbeit, wie wir sie ja auch in unserem Projekt machen, nur eingeschränkt zur Verfügung steht.“

Für die berufliche Bildung der Polizei Konzepte entwickeln, in denen auch die Präventionsarbeit breiten Raum einnimmt, könnte ein Ansatzpunkt für die Entwicklungszusammenarbeit sein, meint Dr. Rüdiger Blumör. Er bezieht sich dabei auf Erfahrungen der GTZ, die in Afghanistan die Reform des Polizeisektors unterstützt. Dort sind die meisten Polizistinnen und Polizisten Analphabeten, „und die konkrete Herausforderung lautet, wie kann eine Alphabetisierung für diese Zielgruppe aussehen. Wir können für diesen und ähnliche Fälle Konzepte entwickeln“, ist der Bildungsexperte sicher.

Polizeiarbeit ist, ebenso wie Bildung und Beschäftigung, nur eine Möglichkeit der Gewaltprävention bei Jugendlichen. Man muss immer mit mehreren Akteuren und auf mehreren Ebenen arbeiten, immer auch abhängig davon, welches Problem im Vordergrund steht.

# So könnte es weitergehen

## Offene Programme entwickeln

Partizipation, Empowerment und Orientierung auf die von der Bevölkerung identifizierten Bedürfnisse stärken die soziale Kohäsion und schaffen Möglichkeiten zur aktiven Einbindung Jugendlicher. „Wir müssen in unserer Arbeit Programme entwickeln, die offen sind, die von der Bevölkerung bestimmt werden und die an lokale Gegebenheiten angepasst sind. Beispielsweise bei der Stadtteilsanierung“, meint Anja Kramer von der KfW Entwicklungsbank. „Diese funktionierenden lokalen Beispiele können dann auf andere Kommunen und andere Länder in der Region übertragen werden. Vor allem die Herangehensweise.“

## Erfahrungs- und Informationsaustausch in Gang bringen, Akteure vernetzen

Es gibt in Lateinamerika sehr viele Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Ansätzen, nur sind sie nicht bekannt, auch nicht systematisch erfasst. Die Institutionen und Organisationen tauschen sich nicht aus, und wenn, dann nur punktuell. Die regionale Ebene eignet sich hervorragend, um diesen Informations- und Erfahrungsaustausch in Gang zu bringen. „Dafür müssen die Jugendinstitutionen und Organisationen gestärkt werden“, so Joanna Kotowski-Ziss. Eine Mittlerrolle kann hier das neue Regionalvorhaben zu Jugendförderung und friedlichem Zusammenleben in Zentralamerika spielen in Zusammenarbeit mit dem zentralamerikanischen Integrationsystem SICA (Sistema de la Integración Centroamericana).

Auch auf der lokalen Ebene müssen dieser Informationsaustausch sowie die Schlüsselakteure in ihrem systemischen Zusammenspiel gestärkt werden. „Es gibt hier so viele positive Beispiele“, weiß Kotowski-Ziss, „sei es von der Friedrich-Ebert-Stiftung, sei es von der Interamerikanischen Entwicklungsbank oder von der Weltbank. All dies muss besser bekannt gemacht werden. Was dagegen fehlt, sind Fortbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Mittlerinstitutionen und -organisationen. Hier hat das GTZ-Regionalvorhaben Jugendförderung und Gewaltprävention zusammen mit der PAHO bereits einiges geleistet und Trainingsmaterialien erarbeitet, auf die aufgebaut werden kann.“

## Strategische Ansatzpunkte identifizieren

„Ich sehe den Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit darin, dass wir die strategischen Ansatzpunkte und Einstiegsmöglichkeiten identifizieren, dass wir Chancen auf den verschiedenen Ebenen schaffen. Wir können gemeinsam mit unseren Partnern die verschiedenen Ansätze dokumentieren, analysieren und bewerten und daraus wieder neue Programme und Ansätze entwickeln“, so Anja Kramer von der KfW Entwicklungsbank. „Aber das bedeutet für uns, wir müssen flexibler und offener werden und langfristig denken.“

## Verlässliche Daten erheben

Eine Möglichkeit für die Weltbank, sich künftig stärker im Bereich Jugendgewalt einzubringen, sieht Mattias Lundberg in der Sammlung und Bereitstellung verlässlicher Daten zu dem Thema. „Die Weltbank arbeitet sektoral“, führt Mattias Lundberg dazu aus. „Die Frage der Jugendgewalt und wie man ihr am besten beikommt wird erst dann eine Rolle spielen, wenn es um Geld geht und die Kosten der Jugendgewalt verlässlich nachgewie-



sen sind. Und, als zweites, es müssen wirksame Ansätze identifiziert und dokumentiert werden.“

### Fazit

Als Fazit aus der fast vierstündigen Diskussion und Wegweiser für die künftige Arbeit im Bereich Jugendgewalt und Prävention von Jugendgewalt formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die

#### *Projektebene:*

- Der Informationsaustausch und die Vernetzung auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene muss verstärkt beziehungsweise in Gang gebracht werden.
- Die systematische Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der relevanten Institutionen und Organisationen muss fester Bestandteil der Präventionsarbeit werden. Wichtige Aspekte hierbei sind Monitoring und Evaluation sowie systemisches Kooperationsmanagement.

- Die systematische Einbindung von Familien, Nachbarn und anderen wichtigen Bezugspersonen der Jugendlichen in Präventionsmaßnahmen muss fest in der Projektarbeit verankert werden.

#### *Planungsebene:*

- Ein Ranking wirksamer Präventionsmethoden, sozusagen als Lernmaterial.
- Originalität der Ansätze.
- Verbreitungsmöglichkeiten für innovative Ansätze.
- Eine stärkere Orientierung an Chancen und Möglichkeiten (windows of opportunity), sich mit Präventionsmaßnahmen einzuklinken.

#### *Politische Ebene:*

- Wieder stärkere Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf Partizipation und Förderung von Jugendlichen sowie Orientierung am Kinderschutz.



# Aus der Arbeit der GTZ: Überregional und erfolgreich

## Jugendförderung und Gewaltprävention in Lateinamerika

„Gewalt ist kein nationales Problem in Lateinamerika, sondern ein länderübergreifendes, und deswegen kann man es auch nur überregional angehen“, sagt Dr. Ana Moreno Morales. Sie ist Mitarbeiterin des Regionalvorhabens „Jugendförderung und Gewaltprävention“, das die GTZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 2003 in Lateinamerika gemeinsam mit der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation PAHO durchführt. Beteiligt sind die fünf Länder El Salvador, Honduras, Nicaragua, Kolumbien und Peru. Das Vorhaben wird mit Ende des Jahres abgeschlossen.

### Starke Netzwerke

Kernelement des von GTZ und PAHO entwickelten Modells ist der Einbezug aller politischen Ebenen in die Jugendförderung und Gewaltprävention. Dieser Mehr-Ebenen-Ansatz arbeitet mit nationalen, regionalen und lokalen Institutionen und Netzwerken. Beratung, Fortbildung, Erfahrungsaustausch und Situationsanalyse,

insbesondere im Bereich der Gewaltprävention, hat diese Netzwerke erstarren lassen. Sie sind im Laufe der Jahre dichter geworden, kooperieren stärker miteinander und bringen sich aktiv und mit Erfolg in die Gestaltung jugendfreundlicher und präventionsorientierter politischer Rahmenbedingungen ein. Alle beteiligten Länder haben inzwischen auf nationaler Ebene entsprechende Maßnahmen ergriffen, sei es in Form von Leitlinien, Gesetzen oder der Einrichtung eines Jugendministeriums, wie das in Honduras der Fall ist.

„Wir haben mit unserer Arbeit auf der nationalen Ebene angefangen und damit das Problem im ganzen Land sichtbar gemacht“, beschreibt Dr. Moreno Morales das Vorgehen. „Danach konzentrierten wir uns auf die lokale Ebene. Mit diesem Mehr-Ebenen-Ansatz konnte das direkte Umfeld der Jugendlichen in unsere Arbeit miteinbezogen werden. So haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, die sicherstellen, dass aus Projekten feste Bestandteile der Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik der Gemeinden werden.“



### Lokale Projekte

Der Erfolg kann sich sehen lassen. So passte beispielsweise die Stadtverwaltung von Bogotá (Kolumbien) ihre Distrikt-Jugendpolitik an und berücksichtigte dabei die Empfehlungen des Projekts. Und die Stadtverwaltung von Cali (Kolumbien) arbeitete zur Gewaltprävention ein Projekt zur sozialen und beruflichen Ausbildung von Jugendlichen aus. In Peru fragten inzwischen viele Stadtverwaltungen die im Projekt entwickelten Fortbildungen zur Verbesserung der Jugendpartizipation nach. Allein 2007 wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 10 Gemeinden in Ayacucho und 16 in Lima ausgebildet, die den von der GTZ und PAHO entwickelten Ansatz zur Gewaltprävention in ihren Projekten anwenden. Ebenso sind Partizipation und Gewaltprävention fest in den Jahresplan des peruanischen Frauenministeriums und der nationalen Behörde zum Kampf gegen Drogen (Comision nacional para el desarrollo de una vida sin drogas) integriert.

„Wir haben nicht direkt mit den Jugendlichen gearbeitet, sondern mit den Mittlerorganisationen der Jugendförderung und der Gewaltprävention“, erläutert die GTZ-Mitarbeiterin ein wichtiges strategisches Element des Projekts. „Wir verbesserten ihre Kommunikationsfähigkeiten, unterstützten den Aufbau von Netzwerken und konzipierten einen theoretischen Rahmen für die Arbeit der beteiligten Organisationen. Außerdem führten wir verschiedene Studien in der Region durch, um festzustellen, was es bereits an guten und erfolgreichen Präventionsmethoden gab. Gute Ansätze nutzten wir für unsere Zwecke.“

Unter anderem auf die Erfahrungen dieser Kooperation zwischen GTZ und PAHO wird ab 2009 ein neues Regionalvorhaben zur Prävention von Jugendgewalt zurückgreifen, das sich auf die drei davon am stärksten betroffenen Länder Zentralamerikas – El Salvador, Honduras und Guatemala – konzentriert.



# Aus der Arbeit der GTZ: Freiwillig auf Streife

## Jugendförderung und Gewaltprävention in Südafrika

Seit 1996 patrouillieren junge Frauen und Männer in verschiedenen Townships südafrikanischer Großstädte. Damals begann das Pilotprojekt Community Peace Workers (CPW). Bereits drei Jahre später war der Erfolg in der Statistik sichtbar. In Nyanga und Crossroads war die Kriminalitätsrate um durchschnittlich 30 Prozent gesunken.

Aus dem Pilotstadium ist das Modell längst heraus. Beispielsweise sind in der Hauptstadt Tshwane die Community Peace Workers fester Bestandteil der Präventionsarbeit. Das Projekt ist hier in die Präventionsabteilung der Tshwane Metropolitan Police integriert und die Bürgermeisterin kündigte bereits an, für die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 Tausend Community Peace Workers auf die Straßen schicken zu wollen. „Es spricht sich rum, dass das Konzept funktioniert“, stellt Projektleiter Ulrich Burgmer dazu fest und erinnert sich an die Anfänge des Projektes.

## In Gemeinde eingebunden

„Während der ersten drei Monate war es für uns schwierig, in der Gemeinde die nötige Akzeptanz für unser Modell zu finden. Viele dachten, wir seien Polizeispitzel. Die Community Peace Workers haben sich dann drei Wochen nur in der Gemeinde vorgestellt und erzählt, was sie machen, sind jedoch nicht aktiv geworden. In der Zeit haben sie das Vertrauen der Menschen gewonnen.“ Community Peace Worker kann nicht jeder werden. Voraussetzungen sind südafrikanische Staatsbürgerschaft, ein Mindestalter von 18 Jahren, abgeschlossene Hauptschule, und – ganz wichtig – keine Vorstrafen. Dies könnte sich allerdings ändern. „Wir überlegen derzeit, auch Jugendliche, die bereits Haftstrafen hinter sich haben, in dieses Programm zu integrieren. Natürlich nur zu einem kleinen Prozentsatz, damit das Ganze nicht kippt. Wir versprechen uns davon einigen Erfolg.“ Ausgewählt werden die jungen Frauen und Männer gemeinsam mit Vertretern der Gemeinde, in der sie ihre Arbeit machen müssen und aus der sie auch stammen müssen. Auch das ist eine Voraussetzung.



Freiwillig gehen die Community Peace Workers in ihrem Township ein Jahr lang auf Streife, schlichten Streitigkeiten, betreuen Kinder von Eltern, die nachts in der Kneipe sitzen, oder nehmen strafrechtlich relevante Fälle auf und leiten sie an die Polizei weiter. Diese sieht die Freiwilligen schon lange nicht mehr als unliebsame Konkurrenz. Die Community Peace Workers gehen grundsätzlich nur in Gruppen auf Streife, das schützt sie vor gewalttätigen Angriffen krimineller Jugendlicher, denn sie sind nicht bewaffnet. Aber auch die feste Einbindung in die Gemeinde ist eine Art Schutzschild für die CPWs, wie Burgmer weiß.

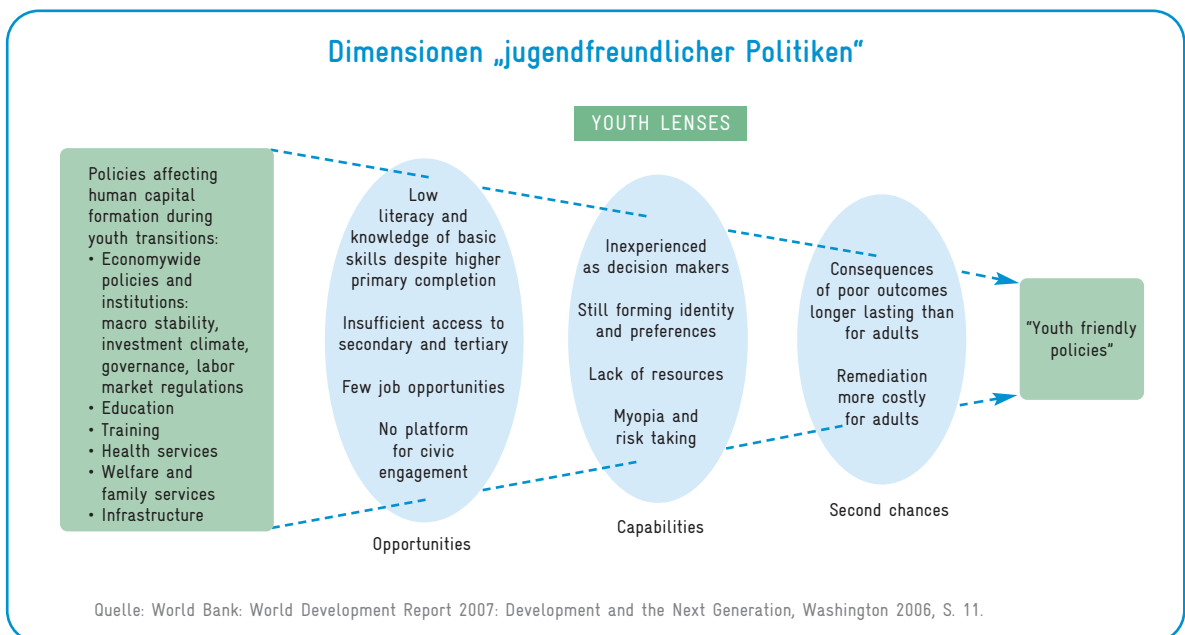
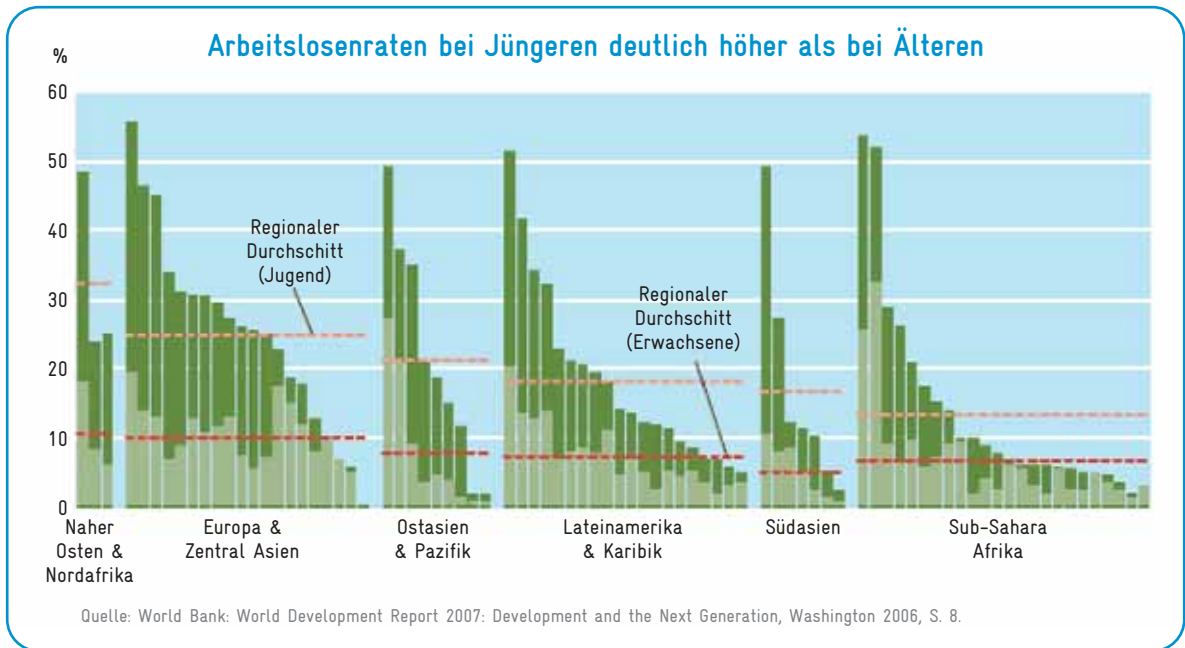
#### **Zukunftsperspektive inklusive**

Der Andrang zu dem Freiwilligendienst ist groß. So haben sich beispielsweise auf eine Ausschreibung in Tshwane 4000 arbeitslose Jugendliche auf 50 Stellen beworben. Doch abgelehnte Bewerberinnen und Bewerber geben nicht so schnell auf, erzählt Ulrich Burgmer. „Wir wissen, dass viele, die es beim ersten Mal nicht geschafft haben, sich noch ein zweites oder drittes Mal bewerben.“

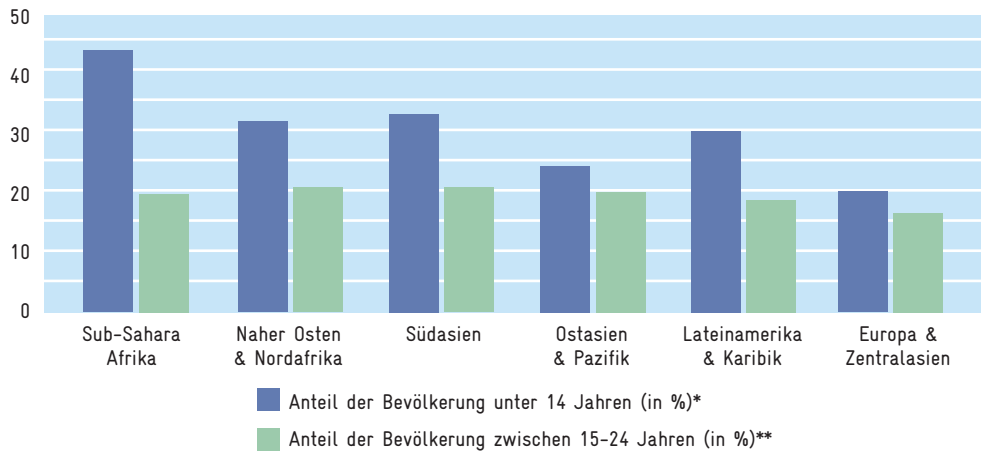
Wer Community Peace Worker ist, hat auch eine Zukunftsperspektive. Denn außer ihrem Basistraining in Erster Hilfe, Konfliktbearbeitung, Ermittlungsarbeit und Teamwork erhalten die Jugendlichen nach Ende des einjährigen Dienstes eine sechsmonatige Berufsausbildung. „Damit steht unser Projekt auf zwei Pfeilern“, erläutert der Projektleiter. „Der eine ist Kriminalitätsbekämpfung und Kriminalitätsverhinderung, der andere die Jugendfortbildung. Und unser Konzept funktioniert. Die potenziellen Arbeitgeber wissen, dass die Community Peace Workers durch ihre Freiwilligentätigkeit und ihre anschließende Ausbildung grundsätzlich auf das Arbeitsleben vorbereitet wurden. Sie haben mehr und bessere Fähigkeiten als der Durchschnitt der anderen Jugendlichen, kommen pünktlich zur Arbeit und sind motiviert, um nur einige der Pluspunkte zu nennen. Da wir ein entsprechendes Monitoringsystem haben, wissen wir, dass 80 Prozent der ehemaligen Community Peace Workers einen langfristigen Arbeitsplatz finden.“



# Annex



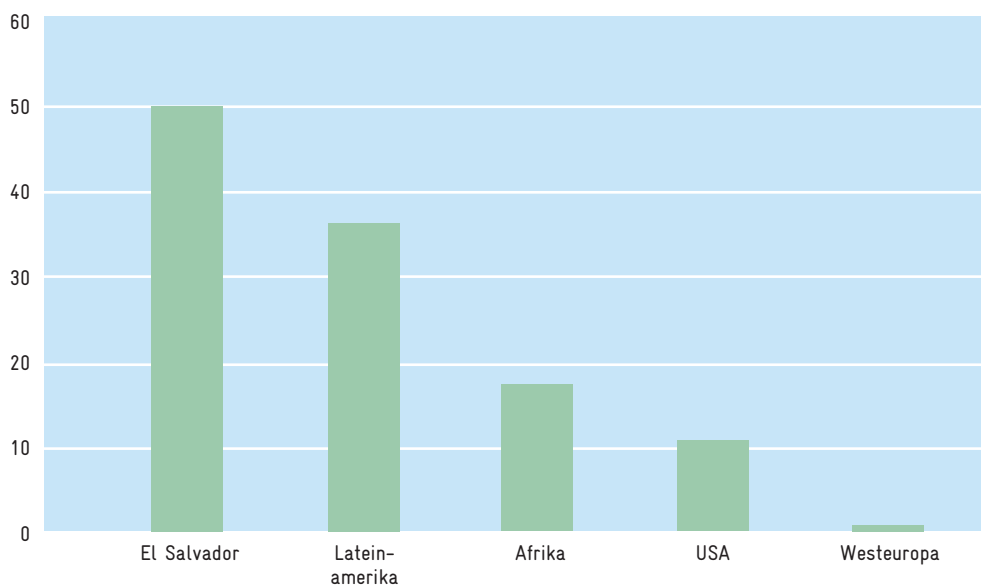
### Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung



\* World Bank: World Development Report 2007: Development and the Next Generation, Washington 2006

\*\*United Nations: World Youth Report 2007: Young People's Transition to Adulthood: Progress and Challenges, New York 2007

### Homizidraten unter Jugendlichen (10-29 Jahren) pro 100.000 Einwohner



Quelle: WHO: World Report on Violence and Health, S. 28f.

Deutsche Gesellschaft  
für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5  
65760 Eschborn/Germany  
T +49 (0) 6196 79-0  
F +49 (0) 6196 79-1115  
E [info@gtz.de](mailto:info@gtz.de)  
I [www.gtz.de](http://www.gtz.de)

